

Israel teilt dem internationalen Strafgerichtshof mit, dass er keine Zuständigkeit für eine Untersuchung hat

Rina Bassist, al-monitor.com, 09.04.21

Kurz vor Ablauf der Frist für eine Antwort teilt Jerusalem dem Internationalen Strafgerichtshof mit, dass er keine Zuständigkeit hat, eine Untersuchung gegen israelische Soldaten oder israelische Entscheidungsträger einzuleiten.

Staatsanwältin Fatou Bensouda hatte Anfang März ein Schreiben nach Israel geschickt, in dem sie Jerusalem über ihre Absicht informierte, eine Untersuchung gegen Israel einzuleiten.

Benny Gantz:

„Die Untersuchung wird es für uns schwierig machen, unsere Beziehungen zu den Palästinensern zu entwickeln.“

Benjamin Netanyahu:

„Das Gericht versucht, Israel wegen absurder Behauptungen zu untersuchen. Es gibt niemanden, der ethischer ist als unsere Soldaten und Kommandeure.“

Am 9. April schickte Israel einen Brief an den Internationalen Strafgerichtshof (ISTGH) in Den Haag und teilte ihm mit, dass das Gericht keine Zuständigkeit hätte, eine Untersuchung gegen Israel zu eröffnen. In ihm stand, dass das Gericht bei der Durchführung der Untersuchung „ohne Autorität handelt“. „Israel weist die Behauptung, es habe Kriegsverbrechen begangen, absolut zurück. Israel bekräftigt seine unmissverständliche Position, wonach dem Gericht in Den Haag die Autorität fehlt, eine Untersuchung gegen es einzuleiten. Die inakzeptable Einmischung des Gerichts entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und widerspricht den Zielen, für die es gegründet wurde.“

Die israelische Entscheidung wurde am 8. April nach mehreren Beratungsrunden auf verschiedenen Ebenen und nur einen Tag vor der vom Gericht gesetzten Frist verabschiedet. Berichten zufolge wurde die endgültige israelische Entscheidung nach einer Diskussion von Netanyahu, Verteidigungsminister Benny Gantz, Bildungsminister Yoav Gallant, Energieminister Yuval Steinitz, Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit, dem nationalen Sicherheitsberater Meir Ben-Shabbat und anderen hochrangigen Funktionären getroffen.

Staatsanwältin Fatou Bensouda hatte Anfang März ein Benachrichtigungsschreiben nach Israel geschickt, in dem sie Jerusalem über ihre Absicht informierte, eine Untersuchung gegen Israel einzuleiten. In dem Brief soll es um drei Themen gegangen sein, der Gaza-Krieg 2014, die israelische Siedlungspolitik und die großen Rückkehrmärsche in Gaza im Jahr 2018 - und forderte Israel auf, innerhalb von 30 Tagen zu antworten.

Israel wurde angeboten, entweder mit der anstehenden Untersuchung zu kooperieren, oder dem Gericht mitzuteilen, dass das Land seine eigene unabhängige Untersuchung einleiten würde. Offensichtlich entschied sich Israel, diese letztgenannte Möglichkeit nicht in Betracht zu ziehen, da befürchtet wird, dass ein solcher Schritt als Anerkennung von Bensoudas Autorität, gegen Israel zu ermitteln, interpretiert werden könnte und

Israel gezwungen sein würde, dem Gericht alle sechs Monate über den Status einer solchen Untersuchung zu berichten.

Festzuhalten ist, dass Israel kein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs ist, da es das Römische Statut nicht unterzeichnet hat. Außerdem behauptet Israel auch, dass die Palästinenser nicht als souveräner Staat qualifizieren und daher nicht das Recht haben, dem Gericht beizutreten.

Gegenüber dem dem öffentlich-rechtlichen Sender *Kan*, sagte Gantz am 9. April: „Es geht nicht nur um die fehlende technisch-juristische Autorität des Gerichts, sondern um Gerechtigkeit und Moral, um strenge Kampfgeln, um Wahrheit und Unwahrheit, um einen demokratischen Staat mit starken Rechtsinstitutionen, Regeln und Gesetz - im Angesicht einer blinden und ungerechten Entscheidung. Die [gerichtliche] Untersuchung wird es für uns schwierig machen, unsere Beziehungen zu den Palästinensern zu entwickeln.“

Bevor die endgültige Entscheidung am 7. April über die israelische Antwort getroffen wurde, sagte Netanyahu, dass das Gericht im Wesentlichen auf den Menschenrechten herumtrampeln würde. In seiner Rede bei einer Feier zum Holocaust-Gedenktag sagte er: „Das Gericht versucht, Israel wegen absurder Behauptungen zu untersuchen. Es gibt niemanden, der ethischer ist als unsere Soldaten und Kommandeure. Die *IDF* [Israel Defense Forces] Kommandeure bekämpfen den Iran - und wir sind diejenigen, die verurteilt werden. Was für eine Heuchelei.“ „Die Gründung des Haager Gerichtshofs wurde durch das Nürnberger Tribunal inspiriert, das nach dem Zweiten Weltkrieg Nazi-Kriegsverbrecher aburteilte. Aber ein Gremium, das eingerichtet wurde, um die Menschenrechte zu verteidigen, wurde zu einem Gremium, das tatsächlich diejenigen schützt, die die Menschenrechte mit Füßen treten.“

Der israelische Präsident Reuven Rivlin, besuchte letzten Monat Europa, als Teil einer diplomatischen Kampagne, gegen die Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs. Bei einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier sagte er: „Wir vertrauen darauf, dass unsere Freunde in Europa uns in unserem Kampf gegen den Missbrauch des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, gegen unsere Soldaten und Bürger, zur Seite stehen.“

Aus verschiedenen Quellen in Israel ist zu erfahren, dass man darüber enttäuscht sei, dass die USA am 2. April entschied, die von der Trump-Administration verhängten Sanktionen gegen Mitarbeiter:innen des Internationalen Strafgerichtshofs aufzuheben. Ein Bericht vom 25. Februar besagte, Netanyahu habe Präsident Joe Biden gedrängt, die Sanktionen nicht aufzuheben.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee.de

Quelle:

<https://www.al-monitor.com/originals/2021/04/israel-tells-international-court-it-has-no-jurisdiction-probe>